



HAUS DES ERINNERNS FÜR DEMOKRATIE UND AKZEPTANZ

Ausschreibung für pädagogisch-konzeptionelle Leistung

Projekt: Für das Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz Mainz sollen pädagogische Konzepte zu den vier Themenschwerpunkten des Hauses erarbeitet werden.

Die vier Themenschwerpunkte lauten wie folgt:

- „Wir“ und „die Anderen“ – Wer bestimmt nach welchen Kriterien, wer dazu gehört und wer nicht?
- Ausgrenzung und Verfolgung – Wie kommt es dazu und wer ist davon betroffen?
- Zivilcourage zeigen – Was heißt das in einer Diktatur, was in einer Demokratie?
- Freiheit und demokratisches Zusammenleben in einer gerechten Gesellschaft – Wie kann das gelingen?

Zu jedem der Themenschwerpunkte sollen ein pädagogisches Konzept sowie Vorschläge zur konkreten Umsetzung – vor allem mit Schulklassen und Jugendgruppen – erarbeitet werden. Dabei müssen durch differenzierende Materialien und methodische Vielfalt unterschiedliche Leistungsniveaus und Altersgruppen berücksichtigt werden. Der Fokus der Konzepte muss dabei auf einem 90-minütigen Angebot liegen, aber eine Erweiterung auf Studientage sollte möglich sein. Die Konzepte sollten zudem eine Erprobungs- und eventuelle Anpassungsphase umfassen.

Die Ausschreibung umfasst keine graphischen Arbeiten, Druckerzeugnisse und Ähnliches. Die Konzepte sollen möglichst bis Ende des Jahres erbracht werden können.

Die Angebote mögen bitte bis zum 16. September 2019 schriftlich im Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz in der Flachmarktstraße 36 in 55116 Mainz (Mail: cornelia.dold@haus-des-erinnerns-mainz.de) eingehen. Bis zum 14. Oktober 2019 wird eine Entscheidung über die Vergabe getroffen.

Die Vergabe wird nach folgenden Kriterien erfolgen:

- 50% nach Preis
- 25% nach Referenzen
- 25% nach Qualifikationen

Zu dem Angebot sind folgende Informationen abzugeben:

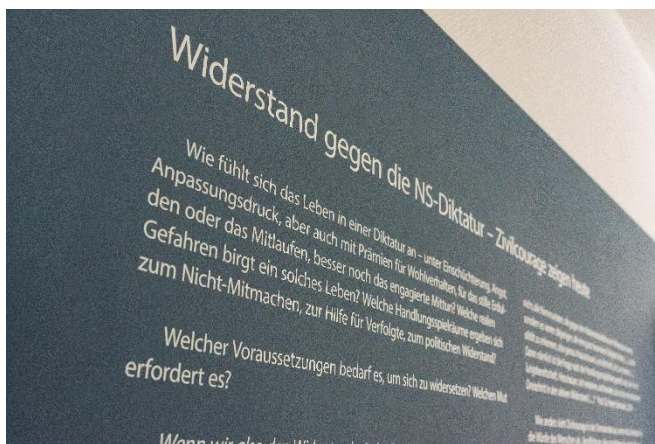
- Erklärung zur Pflicht zum Ausweis der gesetzlichen Umsatzsteuer bei der Abrechnung der Leistungen durch den Anbieter
- Referenzliste mit mindestens drei Referenzen
- Curriculum Vitae mit Nachweis der akademischen Qualifikation

Informationen über das Haus

Das „Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“...

- ist Erinnerungs- und Lernort zugleich.
- verbindet das Wissen um die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur und die Erinnerung an die Opfer mit dem Streiten für Demokratie und Akzeptanz in einem von Vielfalt geprägten Rheinhessen und der Landeshauptstadt Mainz.
- dokumentiert die Geschichte aller vom NS-Regime Ausgegrenzten, Verfolgten und Ermordeten u.a. in der Ausstellung, im „Raum der Namen“ und durch Abendveranstaltungen und insbesondere in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen.
- arbeitet mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen zusammen, die sich für eine lebendige Demokratie und die Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt einsetzen.
- unterstützt und initiiert Forschungsprojekte in den genannten Bereichen.
- versteht sich als Ort lebendigen Gesprächs der Zivilgesellschaft u.a. durch Diskussionen, Vorträge, Lesungen, Filmabende...
- leistet Bildungsarbeit für Jugendliche und Erwachsene, um demokratisches Bewusstsein und eine Haltung für Akzeptanz zu fördern, die sich extremistischen Strömungen entgegenstellt.
- ist ein Ort der Vernetzung und der Zusammenarbeit für Vereine, Initiativen, und allen Interessierten, die sich für eine demokratische, offene Gesellschaft einsetzen.

Informationen zur Ausstellung



© Markus Kohz, cross-effect

Ausstellungstexte, Filmausschnitte und Interviews mit Zeitzeug*innen geben Einblicke in die deutsche Geschichte seit den 1920er Jahren. Zu jedem der vier Themenfelder des Hauses gibt es Monitore, über die exemplarische Beispiele in Form von Bild-, Text- oder Filmdokumenten abgerufen werden können.

In einem interaktiven Entscheidungsspiel können die eigenen Einstellungen zu Demokratie und Akzeptanz kennengelernt und Alternativen bedacht und diskutiert werden.

Ausstellungstexte zu den vier Stationen

„Wir“ und „die Anderen“

- *„Sich fremd fühlen ist doof. Man fühlt sich halt hilflos und aufgeschmissen. Ich kenne das fast nur aus dem Urlaub, wenn ich versuche, mit jemandem zu reden oder etwas zu fragen. Wenn man in einer Clique nicht dazu gehört, ist man nicht unbedingt fremd. Hilflos ist man dann aber doch teilweise.“* Schüler, 14 Jahre
- *„Dass einem Menschen aus einem anderen Land zuerst fremd sind, ist völlig in Ordnung. Andere Gesichtszüge, andere Sprachen, darauf muss man sich eben einlassen. Doch sich vor Menschen anderer Herkunft fürchten? Das zeugt davon, dass man sich noch nicht viel mit ihnen beschäftigt hat.“* Schülerin, 14 Jahre

Das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft, verstärkt durch die Erfahrung der Aufnahme einer großen Zahl von Geflüchteten, wirft neue Fragen nach dem Umgang miteinander auf, verunsichert, weckt vielleicht sogar Ängste vor dem „Fremden“. Was heißt aber Fremdheit? Kennen wir nicht alle Erfahrungen des Fremd-Seins? Welche Erwartungen haben wir an „die Anderen“ oder an uns selbst? Was bedeutet Integration? Wer gehört dazu, wer nicht? Was erwarten wir von den Zugewanderten? Wie verhalten wir uns? Sind wir bereit auch uns zu ändern, aufgeschlossen für neue Erfahrungen zu sein? Wie verhalten wir uns in Konflikten? Messen wir mit dem gleichen Maß oder schreiben wir „den Anderen“ als Gruppe bestimmte Eigenschaften zu?

„In der modernen Gesellschaft sind Fremdheit und das Fremde zu zentralen politischen Begriffen geworden. Dabei stehen die Integration [...] sowie die Möglichkeit und die Grenzen einer multikulturellen Gesellschaft als Grundlage der pluralistischen und liberalen Demokratie im Zentrum der Diskussion. [...] Doch wir wissen aus der Geschichte, dass Zuwanderung und Auswanderung nicht den Sonderfall, sondern den Normalfall der Dynamik gesellschaftlichen Wandels darstellen. [...] Heimat zu erringen und Fremdheit zu erfahren – das ist substanzieller Teil des Lebens.“ [Wolfgang Beutel: Was heißt fremd?, in: Schüler. Wissen für Lehrer. Fremdheit, 2017, S. 6 f.

Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung

Innerhalb einer Gesellschaft sind einzelne Gruppen häufig von Ablehnung, negativer Stereotypisierung, Diskriminierung und Verfolgung bis hin zu Vertreibung und Ermordung betroffen. Die Formen und Beweggründe, die zur Ausgrenzung führen, können unterschiedlich sein. Alle Ausgegrenzten haben jedoch gemein, dass sie sich durch bestimmte Merkmale, wie Ethnie, Sprache, Religion, sexuelle Identität, sozialen Status oder auch Moral-Vorstellungen, Sitten oder Verhaltensweisen, von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Einige Beispiele:

Seit dem Mittelalter waren **Juden** immer wieder Verfolgungen und antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten setzte auch in Mainz eine offene Ausgrenzung und Hetze gegen Juden ein, die in deren Vertreibung, der Deportation von über 1.000 Menschen 1942 und ihrer Ermordung gipfelte. Auch **Sinti und Roma** wurden im NS-Staat aus rassistischen Gründen verfolgt, darunter auch 97 Sinti aus Mainz, die 1940 nach Polen verschleppt wurden. Ein großer Teil von ihnen wurde in den Gaskammern des „Zigeunerlagers“ Auschwitz-Birkenau ermordet.

Menschen mit körperlichen oder kognitiven Beeinträchtigungen wurden bis ins frühe 20. Jahrhundert ausgegrenzt und weggesperrt. Nach Zwangssterilisationen auch in Mainz begann die NS-Regierung 1939 im Rahmen der „Aktion T4“ die planmäßige Ermordung der betroffenen Menschen, beschönigend als „Euthanasie“ bezeichnet.

Mit der Machtübernahme begann der NS-Staat, seine **politischen Gegner** zu bekämpfen. Ab März 1933 wurden im Konzentrationslager Osthofen – später in Buchenwald, Dachau, Mauthausen und anderen Lagern – zahlreiche Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftsführer und Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auch aus dem Volksstaat Hessen inhaftiert und misshandelt.

In jüngster Vergangenheit waren es vor allem **Menschen mit Migrationshintergrund**, die Opfer von Ausgrenzung und Angriffen aus fremdenfeindlichen Motiven wurden. Dazu zählen ehemalige „Gastarbeiter“ und deren Nachkommen ebenso wie Asylsuchende, die vor Krieg und Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen sind.

Widerstand gegen die NS-Diktatur - Zivilcourage zeigen heute

Wie fühlt sich das an, das Leben in einer Diktatur – unter Einschüchterung, Angst, Anpassungsdruck, aber auch mit Prämien für Wohlverhalten, für das stille Erdulden oder das Mitlaufen, besser noch das engagierte Mittun? Welche realen Gefahren birgt ein solches Leben? Welche Handlungsspielräume ergeben sich zum Nicht-Mitmachen, zur Hilfe für Verfolgte, zum politischen Widerstand?

Welcher Voraussetzungen bedarf es, um sich zu widersetzen? Welchen Mut erfordert es?

„Wenn wir also den Widerstand mit der Geschichte des Nationalsozialismus verbinden, ist der allererste wichtige Schritt, dass wir uns bewusstmachen, wie die verbrecherische Dynamik des nationalsozialistischen Systems funktioniert hat: Welche Verbrechen wurden öffentlich und frühzeitig angekündigt, und welche Verbrechen wurden verübt? Anschließend können wir fragen, wie Menschen auf diese Ankündigung und die anschließende Realisierung von Verbrechen reagierten.“

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist zu einem ganz erheblichen Teil eine Reaktion auf die nationalsozialistische Politik. Es gibt allerdings wenige Ausnahmen: Es gibt geborene Widerstandskämpfer, Menschen, die lange vor 1933 den Nationalsozialismus als rassenideologisches System, als ein System innergesellschaftlicher Feindschaftserklärungen durchschaut hatten und deshalb schon vor 1933 entschlossen waren, diesem Regime Widerstand entgegen zu setzen. Das konnten Protestanten sein, [...] das konnten Katholiken sein [...], und es waren nicht automatisch die meisten Gewerkschafter [...]. Es waren aber auch nicht alle Sozialdemokraten und nicht alle Kommunisten, die gegen den Nationalsozialismus im Widerstand waren, sondern es waren diejenigen, die eine ganz besondere Fähigkeit hatten [...], die Realität zu erkennen, also genau hinzuschauen, und die Kraft, sich zu empören. [...] Dann nämlich ist die Frage nach der Handlungsmöglichkeit gestellt, nach der Handlungsbereitschaft. Hinschauen, sich empören und handeln, das ist der entscheidende Dreischritt in den aktiven Widerstand. [...]“ Prof. Dr. Peter Steinbach, 2014

Wie anders sieht Zivilcourage in der Demokratie aus, wenn das Eintreten für die Würde des Menschen als „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ definiert ist (Art. 1, Grundgesetz). Sich couragiert zu verhalten, bedeutet, sich nicht allein auf staatliches Handeln zu verlassen,

sondern sich selbst einzumischen und mitzugestalten und damit auch Verantwortung zu übernehmen. Dabei stellen sich folgende Fragen:

Wie entstehen politische Entscheidungen, die transparent sind und von den meisten Bürger*innen als angemessen und „gerecht“ erlebt werden? Wie gelingt Beteiligung?

Wie entsteht „öffentliche Meinung“ als Mittel gesellschaftlicher Diskussion und Positionsfindung?

Zivilcourage braucht den Mut die eigene Position öffentlich zu machen. Wann entsteht dieser Mut? Welche Unterstützung braucht es dazu? Welche Aktivitäten versprechen Erfolg?

Demokratisches Zusammenleben in Freiheit und Gerechtigkeit – Wie geht das?

Damit Menschen ihr Zusammenleben organisieren, ihre Interessen wahrnehmen, Konflikte friedlich regeln und bei unterschiedlichen Positionen zu Kompromissen finden können, bedarf es allgemein anerkannter Regeln.

Demokratie ist die Form des Zusammenlebens, bei der die größtmögliche Teilhabe und Verantwortung gleichberechtigter und als gleichwertig angesehener Individuen angestrebt und möglich ist. Grundlage dafür ist die Verfassung, in Deutschland das Grundgesetz, das allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Teilhabe garantiert. Um diese Beteiligung auch wahrnehmen zu können, sind dort eine Reihe von weiteren Rechten wie die Informations- und Meinungsfreiheit, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit festgeschrieben.

Wie aber gelingt es, Verfassungsanspruch und Verfassungsnorm in der Realität umzusetzen? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit Beteiligung nicht nur bei Wahlen, sondern auch in gesellschaftlich kontrovers diskutierten Fragen und im Alltagsleben erfahren werden kann? Und welche Herausforderungen sind damit insbesondere für den Bereich von Bildung und Erziehung verbunden?

- Demokratie ist kein Naturgesetz oder Zufall, sondern Ergebnis menschlichen Handelns und menschlicher Erziehung. Sie ist deshalb eine zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung. **Demokratie kann und muss gelernt werden**, individuell und gesellschaftlich. Die Entwicklung und die ständige Erneuerung demokratischer Verhältnisse bildet deshalb eine bleibende Aufgabe und Herausforderung für Staat, Gesellschaft und Erziehung.
- Die Erfahrung der Geschichte ebenso wie gegenwärtige Entwicklungen und Gefährdungen zeigen, dass die Demokratisierung von Staat und Verfassung nicht genügt, die Demokratie zu erhalten und mit Leben zu erfüllen. Dazu bedarf es vielmehr einer Verankerung der **Demokratie nicht nur als Verfassungsanspruch und Regierungsform, sondern als Gesellschaftsform und als Lebensform**.
- **Demokratie als Gesellschaftsform** bedeutet, sie als praktisch wirksamen Maßstab für die Entwicklung und Gestaltung von zivilgesellschaftlichen Gemeinschaften, Verbänden und Institutionen zu achten, zur Geltung zu bringen und auch öffentlich zu vertreten.
- **Demokratie als Lebensform** bedeutet, ihre Prinzipien als Grundlage und Ziel für den menschlichen Umgang und das menschliche Handeln in die Praxis des gelebten Alltags hineinzutragen und in dieser Praxis immer wieder zu erneuern. Grundlage demokratischen Verhaltens sind die auf gegenseitiger Anerkennung beruhende Achtung und Solidarität zwischen Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Alter oder gesellschaftlichem Status.

- **Demokratie lernen und Demokratie leben** gehören zusammen: In demokratischen Verhältnissen aufzuwachsen und respektvollen Umgang als selbstverständlich zu erfahren, bildet die vielleicht wichtigste Grundlage für die Herausbildung belastbarer demokratischer Einstellungen und Verhaltensgewohnheiten. Die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz erfordert darüber hinaus Wissen über Prinzipien und Regeln sowie über Institutionen und historische Zusammenhänge.
- Demokratie wird erfahren durch Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Verantwortung. Diese Erfahrung bildet eine wichtige Grundlage dafür, dass Alternativen zur Gewalt wahrgenommen und gewählt werden können und dass Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit (Selbstwirksamkeit) mit der Bereitschaft, sich für Aufgaben des Gemeinwesens einzusetzen, sich zusammen ausbilden können. [Zitiert nach: Magdeburger Manifest zur Demokratiepädagogik, 2005]